

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

FRÜHJAHRSSSESSION 2019

4. März - 22. März 2019

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Die Frühjahrssession 2019 war eher ruhig. Auffällig war die grosse Bereitschaft zur Ausgabenerhöhung sowohl von links wie auch von rechts – was Finanzminister Ueli Maurer mit selten scharfen Worten kritisierte. Die international organisierten Klimademonstrationen führten auch in der Schweiz zu vielen Fragen in der Fragestunde und neu eingereichten Vorstössen.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung wurden drei wichtige Geschäfte im Nationalrat thematisiert. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen am Bundesgesetz über die Familienzulagen wurden angenommen. Die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (steuerliche Abzugsfähigkeit der Kinderdrittbetreuungskosten bis zu CHF 25'000) war umstrittener und wurde mit einigen Anpassungen am ursprünglichen Entwurf an den Ständerat überwiesen. Zudem wurde die Motion von READY!-Träger Christoph Eymann mit 199 zu 64 Stimmen angenommen und an den Zweirat überwiesen. Die Motion fordert eine flächendeckende frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten. Zudem wurde das Postulat von Yvonne Feri SP/SG für einen Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit und Finanzierung von Familienzentren abgeschrieben, einige Fristverlängerungen gutgeheissen und Interpellationen erledigt (siehe Kapitel 2).

Es wurden 18 für READY! interessante neue Vorstösse eingereicht. Besonders erwähnenswert ist die Motion von READY!-Botschafter Adrian Wüthrich SP/BE, die ein Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder fordert. Mit einem Postulat will Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH eine geeignete Strategie und ein Massnahmenpaket aufgezeigt erhalten, mit welchen die Förderung der frühen Kindheit wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Dabei knüpft Gugger auch an den Bericht der schweizerischen UNESCO-Kommission «Für eine Politik der frühen Kindheit» an. Das Postulat von Barbara Gysi SP/SG will einen Bericht, der aufzeigt, wie die Care-Arbeit in der Schweiz besser abgegolten werden kann. Desweiteren zielten weitere neu eingereichte Vorstösse auf Fragen betreffend Mutterschaftsschutz sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben in der Bundesverwaltung (siehe Kapitel 4 und 6).

Am 11. April werden in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) der Bericht der Schweizerischen UNESCO-Kommission «Für eine Politik der frühen Kindheit» sowie die Studie «Soziale Selektivität» des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR diskutiert. Die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) setzt sich mit den hängigen Vorstössen bezüglich Vaterschaftsurlaub auseinander (siehe Kapitel 5).

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

** Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht gelöscht.*

An den Bundesrat überwiesen*

--

Gesetzesvorlage verabschiedet*

--

An Zweitrat

- [18.050](#) Geschäft des Bundesrates: Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten
- [18.091](#) Geschäft des Bundesrates: Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung
- [18.3834](#) Motion Christoph Eymann FDP/BS: Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme

Fristverlängerung

- [13.478](#) Parlamentarische Initiative Marco Romano CVP/TI: Einführung einer Adoptionsentschädigung
- [16.414](#) Parlamentarische Initiative Konrad Graber CVP/LU: Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle
- [16.423](#) Parlamentarische Initiative Karin Keller-Sutter FDP/SG: Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte*

- [17.3091](#) Postulat Yvonne Feri SP/SG: Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit und Finanzierung von Familienzentren
- [18.4167](#) Interpellation Liliane Maury Pasquier SP/GE: Schwangerschaftsabbruch ab der 13. Schwangerschaftswoche. Gleichbehandlung der Patientinnen
- [18.4308](#) Interpellation Kathrin Bertschy GLP/BE: Erwerbsspartizipation und familienergänzende Betreuung bei Kindern mit Behinderung
- [18.4248](#) Interpellation Valérie Piller Carrard SP/FR: Kostenbeteiligung bei Mutterschaft. Halten sich die Versicherer immer noch nicht an die Vorschriften?
- [18.4122](#) Interpellation Yvonne Feri SP/SG: Durch Wissen den Kindsschutz stärken

3 AUSZUG FRAGESTUNDE

- [19.5076](#) Frage Benjamin Roduit CVP/VS: Sehr junge Mütter: Eine Realität in der Schweiz?

4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[19.406](#) Parlamentarische Initiative Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen: Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub verlängern

Das Obligationenrecht wird wie folgt geändert:

Art. 336c Abs. 1 Bst. c

1 Nach Ablauf der Probezeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen:

c. während der Schwangerschaft und in den 32 Wochen nach der Niederkunft einer Arbeitnehmerin

Begründung (Auszug): Diverse Studien der letzten Jahre haben gezeigt, dass 10 Prozent der Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub gekündigt wird. Die Tendenz ist seit einigen Jahren steigend. Die jetzige Situation ist schockierend und nur schwer zu verstehen. Der Schutz, den das Arbeitsrecht zurzeit bietet, ist ganz eindeutig ungenügend.

[19.3190](#) Motion Adrian Wüthrich SP/BE: Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder

Der Bundesrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden ein flächendeckendes, kohärentes und von den Eltern bezahlbares qualitativ gutes familienergänzendes Kinderbetreuungsangebot für Kinder ab Alter 3 Monate bis Ende der obligatorischen Schulzeit zu schaffen. Er beantragt dem Parlament, ein unbefristetes Gesetz ab 1. Februar 2023 einzuführen.

[19.3262](#) Postulat Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH: Geht es den Kindern gut, geht es der Schweiz besser

Der Bundesrat wird beauftragt, eine geeignete Strategie und ein Massnahmenpaket aufzuzeigen, mit welchen die weitgehend in Politik und Fachkreisen unbestrittene Förderung der frühen Kindheit zu Gunsten frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung, auch frühe Förderung oder FBBE genannt, wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Dabei geht es darum den Bereich der Früherziehung und Beratung auf den Ebenen Bund, Kantone, und Gemeinden zu stärken und verbessern. Speziell in den Bereichen:

- Qualität der Berufe im Bereich Früherziehung und Beratung
- Integration fremdsprachiger Kinder insbesondere in Spielgruppen und Kindertagesstätten
- Koordination bestehender Angebote und die überregionale Zusammenarbeit
- Die wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Projektarbeit
- Ebenso soll aufgezeigt werden, wie Bund, Kantone und Gemeinden effizient und aufgabenteilig im Bereich FBBE zusammenarbeiten können

Begründung: Im aktuellen Bericht der schweizerischen UNESCO-Kommission vom 26. Februar 2019 wird betont, dass der Handlungsbedarf gross bleibt, trotz Studien und Förderprogrammen von Gemeinden, Kantonen, Bund, privater Initiativen und freier Stiftungen, die sich um bessere Rahmenbedingungen in der frühen Kindheit kümmern. Wenn es nicht gelingt eine kohärente Politik auf

den verschiedenen staatlichen Ebenen unter Beizug der Zivilgesellschaft zu etablieren, dann würden die bisherigen Massnahmen Flickwerk mit wenig Wirkung bleiben. Es braucht also eine Koordination auf Bundesebene und die dazu geeignete Strategie mit bisher fehlenden gesetzlichen Grundlagen zur Förderung der FBBE. Solide verfassungsmässige und gesetzliche Grundlagen auf Ebene Bund und Kantone müssen letztlich das Ziel einer Verankerung der Politik der frühen Kindheit sein.

[19.3054](#) Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-Arbeit ins Zentrum rücken

Die meist von Frauen geleistete Care-Arbeit ist für die Gesellschaft von grosser Bedeutung. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, der aufzeigt, wie die Care-Arbeit in der Schweiz besser abgegolten werden kann und so ihrem Wert entsprechend wahrgenommen wird. Zu berücksichtigen ist dabei sowohl die unbezahlte Care-Arbeit wie auch die Care-Arbeit, welche im Rahmen von Anstellungsverhältnissen geleistet wird. Es sind Massnahmen aufzuzeigen, wie die bezahlte Care-Arbeit besser entlohnt werden kann und wie die unbezahlte Care-Arbeit in den Sozialversicherungen, namentlich in der beruflichen Vorsorge besser berücksichtigt werden kann. Der Bundesrat soll in seinem Bericht aufzeigen, wie Effizienzgewinne aus anderen Branchen in die personalintensive Care-Arbeit gelenkt und zu deren Mitfinanzierung herangezogen werden können.

[19.3056](#) Interpellation Barbara Gysi SP/SG: Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben - auch in der Bundesverwaltung?

und

[19.3069](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Pensumsreduktion nach der Geburt für Bundesangestellte

Seit 5 Jahren haben Bundesangestellte die Möglichkeit, im ersten Jahr nach der Geburt oder Adoption eines Kindes ihr Pensum um 20 Prozent zu reduzieren, wobei der Beschäftigungsgrad nicht unter 60 Prozent fallen darf (Art. 60a BPV). Und im Einvernehmen mit den Vorgesetzten kann die Arbeit ganz oder teilweise ausserhalb des Arbeitsplatzes erfolgen (Art. 33 VBPV). Die Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben ist ein wichtiges Thema. Die beiden Interpellantinnen stellen Fragen hierzu.

5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

| | | |
|-------|---------------|--|
| SGK-N | 04./05. April | 10.322 Standesinitiative Bern: Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern |
| WBK-N | 11./12. April | Bericht der schweizerischen UNESCO-Kommission: «Für eine Politik der frühen Kindheit - Eine Investition in die Zukunft» Studie des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR: «Soziale Selektivität» |
| SGK-S | 15./16. April | 18.441 Parlamentarische Initiative des Ständerats: Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative 18.052 Geschäft des Bundesrates/Volksinitiative: Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. |
| WAK-S | 02. Mai | 16.414 Parlamentarische Initiative Konrad Graber CVP/LU: Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle |
| SGK-S | 16. Mai | 18.444 Parlamentarische Initiative Andrea Caroni FDP/AR: Vaterschaftsurlaub. Do it yourself! 18.050 Geschäft des Bundesrates: Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten |

**6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE
GESCHÄFTE**
Hinweise

- In der Frühjahrssession 2019 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.

[19.406](#) *Parlamentarische Initiative Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen: Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub verlängern*

[19.3391](#) *Interpellation Aline Trede GP/BE: Kündigungsschutz während Mutterschaftsurlaub*

[19.3373](#) *Motion Margret Kiener Nellen SP/BE: EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen*

[19.3307](#) *Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Prise en charge complète des prestations relatives à la grossesse par l'assurance maladie obligatoire*

[19.3262](#) *Postulat Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH: Geht es den Kindern gut, geht es der Schweiz besser*

[19.3190](#) *Motion Adrian Wüthrich SP/BE: Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder*

[19.3184](#) *Interpellation Karl Vogler CVP/OW: Begriff des Kindeswohls*

[19.3177](#) *Interpellation Nadine Masshardt SP/BE: Kündigungen aufgrund*

Schwangerschaft und Mutterschaft in der Bundesverwaltung

[19.3176](#) *Motion Nadine Masshardt SP/BE: Keine Kündigung in der Probezeit von Arbeitnehmerinnen in der Schwangerschaft und nach der Niederkunft*

[19.3175](#) *Motion Nadine Masshardt SP/BE: Stärkerer Schutz für Mütter bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung*

[19.3080](#) *Interpellation Andrea Martina Geissbühler SVP/BE: Steuerabzüge für Fremdbetreuung*

[19.3070](#) *Motion Irène Kälin GP/AG: Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft*

[19.3069](#) *Interpellation Irène Kälin GP/AG: Pensumsreduktion nach der Geburt für Bundesangestellte*

[19.3059](#) *Motion Mathias Reynard SP/VS: Prolonger la durée de protection contre le licenciement des femmes au retour de leur congé maternité*

[19.3058](#) *Motion Mathias Reynard SP/VS: Augmenter les sanctions en cas de licenciement des jeunes mères pour cause de maternité ou de grossesse*

[19.3056](#) *Interpellation Barbara Gysi SP/SG: Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben - auch in der Bundesverwaltung?*

[19.3054](#) *Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-Arbeit ins Zentrum rücken*

[19.3027](#) *Motion Bruno Walliser SVP/ZH: Steuerfreie Kinderzulagen*

- [18.4252](#) Postulat Yvonne Feri SP/SG:
Parlamentarische Arbeit prüfen auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik
→ *Bundesrat beantragt Annahme* (04.03.2019)
- [18.4342](#) Postulat Aline Trede GP/BE:
Exekutivsharing auf Bundesebene
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (20.02.2019)
- [18.4370](#) Postulat Irène Kälin GP/AG: Ersatz für Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Mutterschaft, Vaterschaft und längerer Krankheit
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (04.03.2019)
- [18.4390](#) Interpellation Sibel Arslan GP/BS:
Verlust der Mutterschaftsentschädigung bei Teilnahme an Parlamentssitzungen
→ *Diskussion verschoben* (22.03.2019)
- [18.4372](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Warum gilt die Kostenbefreiung für Schwangere erst ab der 13. Schwangerschaftswoche
→ *Diskussion verschoben* (22.03.2019)
- [18.4061](#) Motion Maya Graf GP/BL: Bezahlte Stillpausen sollen durch die Erwerbsersatzordnung EO finanziert werden
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (30.11.2018)
- [18.3994](#) Motion Benjamin Roduit CVP/VS:
Familienergänzende Kinderbetreuung und Berechnung des für AHV-Beiträge massgebenden Lohnes
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (30.11.2018)
- [18.3891](#) Interpellation Martina Munz SP/SH: Ist der Bund für Kinder- und Jugendorganisationen ein verlässlicher Partner?
→ *Diskussion verschoben* (14.12.2018)
- [18.3834](#) Motion Christoph Eymann FDP/BS:
Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarten-Eintritt als Voraussetzung für einen Sek II - Abschluss und als Integrations-Massnahme
→ *Bundesrat beantragt Annahme* (21.11.2018)
→ *Diskussion verschoben* (14.12.2018)
→ *Nationalrat Annahme* (21.03.2019)
- [18.444](#) Parlamentarische Initiative Andrea Caroni FDP/AR: Vaterschaftsurlaub. Do it yourself
- [18.441](#) Parlamentarische Initiative SGK-S:
Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative
→ *WBK-N: Zustimmung* (20.09.2018)
- [18.091](#) Geschäft des Bundesrates:
Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung
→ *Nationalrat Beschluss gemäss Entwurf* (19.03.2019)
- [18.052](#) Geschäft BR: Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative
- [18.050](#) Geschäft BR: Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten
→ *WAK-N Zustimmung* (13.11.2018)
→ *Nationalrat Beschluss abweichend vom Entwurf* (12.03.2019)

- [18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE:
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
stärken. Mehr familienergänzende
Betreuungsplätze dank geteilter
Finanzierung
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*
(16.05.2018)
- [18.3256](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Jobsharing in Kaderfunktionen und
politischen Exekutivämtern
→ *Diskussion verschoben*
(15.06.2018)
- [18.3255](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Ersatz für Bundesparlamentarierinnen
und -parlamentarier bei
Mutterschaft/Vaterschaft und längerer
Krankheit
→ *Diskussion verschoben*
(15.06.2018)
- [18.3103](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE:
Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug
bei den Steuern
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*
(09.05.2018)
- [18.034](#) Geschäft BR: Bundesgesetz über die
direkte Bundessteuer (ausgewogene
Paar- und Familienbesteuerung)
→ *WAK-S Beratung sistiert*
(19.06.2018)
- [17.3500](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS:
Chancengerechtigkeit. Welchen
Einfluss hat das Schulsystem?
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*
(23.08.2018)
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias
Aebischer SP/BE:
Chancengerechtigkeit vor dem
Kindergartenalter
→ *WBK-N: Folge gegeben*
(12.01.2018)
→ *WBK-S: Zustimmung* (14.05.2018)
→ *WBK-N: Beschluss Ausarbeitung*
Vorentwurf (02.11.2018)
→ *WBK-N beantragt Abschreibung*
(22.02.2019)
- [16.318](#) Standesinitiative Aargau: Abschaffung
der Heiratsstrafe
→ *Ständerat: keine Folge gegeben*
(26.02.2018)
→ *WAK-N: Folge gegeben*
(25.02.2019)
- [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler)
Thomas Weibel GLP/ZH:
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene
Väter
→ *SGK-N Zustimmung* (22.06.2016)
→ *SGK-S Zustimmung* (30.08.2016)
→ *Fristverlängerung bis*
Herbstsession 2020 (28.09.2018)
- [13.478](#) Parlamentarische Initiative Marco
Romano CVP/TI: Einführung einer
Adoptionsentschädigung
→ *SGK-N: Folge gegeben*
(21.01.2015)
→ *SGK-S Zustimmung* (27.03.2015)
→ *Fristverlängerung bis*
Sommersession 2019 (16.06.2017)